Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis: a) im Anzeigenteil: die Zeile 20 Goldpfennige b) im Reklameteil: die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis: In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung: Friedrich Hans Scheele Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Nr. 110 | Montag, den 13. Mai 1929 | 102. Jahrgang

Bedenken gegen die neue Reichsanleihe

Heute Zusammentritt des Reichstags

TU Berlin, 13. Mai. Heute tritt der Reichstag zu seinem letzten Tagungsabschnitt vor der Pfingstpause zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums, ferner die Novelle zum Branntweinmonopolgesetz und der vom Reichsrat verabschiedete Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Verbesserung der Kassenlage des Reiches.

Die Reichsregierung hat sich bekanntlich nochmals mit dem Gesetzentwurf über die neue Reichsanleihe von 500 Millionen Reichsmark beschäftigt. Sie hat beschlossen, den Gesetzentwurf dem Reichstag als Doppelvorlage zuzuteilen. Im Gegensatz zum Reichsrat vertritt die Reichsregierung die Auffassung, daß die für die Anleihe vorgesehenen Steuervergünstigungen nur einmalig sein dürfen. Sie hat daher stärkste Bedenken gegen den Reichsratsbeschluß, wonach der Reichsfinanzminister ermächtigt sein soll, ähnliche Steuererleichterungen auch für den Anleihebedarf der Länder in den Jahren 1929/30 festzulegen. Aus diesen Gründen wird die Regierung neben der Reichsratsvorlage auch ihre eigene Vorlage dem Reichstag zuleiten.

Opposition in der Sozialdemokratie?

TU Berlin, 13. Mai. Wie die „Berliner Volkszeitung" erfährt, will sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer nächsten Sitzung auch mit der vom Reichsfinanzminister vorgeschlagenen steuerbegünstigten 500-Millionen-Anleihe befassen. Es verlautet, daß sich innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion oppositionelle Stimmen gegenüber diesem Vorschlag Hilferdings geltend machten.

Bedenken des bayrischen Finanzministers.

TU München, 13. Mai. Der bayrische Finanzminister Dr. Schmelzle machte bei der Beratung des Geschäftsberichtes der Bayrischen Staatsbank im Haushaltsausschuß des Landtages Mitteilungen über den Stand der deutschen Finanzwirtschaft. Er bezifferte die gegenwärtige Verschuldung an das Ausland mit etwa 14 Milliarden Mark, für die jährlich 1 Milliarde Zinsen aus der deutschen Wirtschaft herausgeholt werden muß. Der Ursprung der schwierigen Lage seien die ungeheuren Reparationslasten, die nicht mehr ertragen werden könnten.

Es sei darum zu befürchten, daß die innerpolitischen Schwierigkeiten wüchsen, wenn nicht in absehbarer Zeit eine Besserung unserer Wirtschaftslage ermöglicht werde. Die **500-Millionen-Anleihe des Reiches bezeichnete der Minister als eine außerordentlich bedenkliche Maßnahme, die unter normalen Verhältnissen nicht in Frage kommen könnte.** Nur die außerordentliche Not des Reiches habe zu dem Gedanken führen können, eine Reichsanleihe in dieser Höhe und in dieser Ausstattung aufzulegen.

Vom Standpunkt der Länder und Gemeinden sei es wohl unbestritten, daß sich aus dieser Anleihe nachteilige Folgen ergeben würden. Einmal würden die Kurse der jetzigen Länder- und Gemeindeanleihen sinken; außerdem werde es den Ländern und Gemeinden nicht möglich sein, diese Kurse so, wie es wünschenswert wäre, zu stützen. Ferner würde es auf absehbare Zeit **den Ländern und Gemeinden nicht möglich sein, an den allgemeinen Geldmarkt heranzutreten,** da sie die Konkurrenz mit einer mit solchen Anreizen ausgestatteten Reichsanleihe nicht würden bestehen können.

Am bedenklichsten sei jedoch die Absicht des Reiches, die **Reichsbahnvorzugsaktien** zu verwerten. Es sei an sich schon eine bedauerliche Maßnahme, dieses Vermögen des Reiches im gegenwärtigen Zeitpunkt zu veräußern. Dazu komme, daß natürlich die ehemaligen Eisenbahnländer dieser Maßnahme mit einem doppelten Unbehagen entgegensehen. Das Reich habe in seinem Haushalt aus diesen Vorzugsaktien bisher eine Dividende von 51 Millionen Mark gehabt. **Wenn diese Vorzugsaktien abgestoßen würden, dann verschwinde natürlich diese Einnahme und damit die Hoffnung, daß es den Eisenbahnländern jemals gelingen könnte, vom Reich mindestens bis zu einem gewissen Grade aus den Bezügen des Reiches aus der Reichsbahn eine Verzinsung zu bekommen.**

Der Stand der Sachverständigen-Konferenz

Besprechungen Dr. Schachts in Essen

TU Paris, 13. Mai. Schon während der Großkampfwochen der Pariser Sachverständigenkonferenz, als der Kampf um Forderungen und Angebot auf das Heftigste entbrannt war, pflegten die einzelnen Abordnungen von Freitag nachmittag an ein „Wochenende" der Ruhe einzulegen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß auch der letzte Samstag und Sonntag, wo die eigentliche Arbeit nahezu ausschließlich in den Händen des englischen Sachverständigen Stamp, des Verfassers des Schlußberichts, lag, außerordentlich still verlief. Da sich ein Teil der Abordnungsführer in ihre Länder begeben hat (Belgien, Italien), sind vor Dienstag kaum irgendwelche Ergebnisse der Sachverständigenarbeiten zu erwarten.

Die deutschen Sachverständigen Dr. Schacht und Generaldirektor Vögler haben während des Wochenendes in Essen geweilt. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung berichtet hierüber: Die beiden Delegierten hatten mit dem ersten Direktor der Reichsbankstelle Essen, Karl Rambeau, eine Zusammenkunft. Die Besprechungen galten offenbar der Frage, wie weit im Rahmen der bekannten Krediteinschränkungspolitik die besonderen empfindlichen Interessen unseres rheinisch-westfälischen Industriegebiets gewahrt werden können. Die genannten Maßnahmen, die dem unmittelbaren Schutz unserer Währung dienen, sind bekanntlich nach Verfügung des Reichsbankdirektoriums individuell zu führen. Dementsprechend verdient das wirtschaftliche Zentrum Deutschlands ganz besondere Berücksichtigung und pflegliche Behandlung bei Abbau der gewährten Kredite. Stillegungen wegen Kreditbeschneidung müssen allein schon aus sozialpolitischen Rücksichten vermieden bleiben. So sind, wie wir zuverlässig erfahren, bei einzelnen Reichsbankstellen im Revier die Prozentziffern im Kreditabbau noch nicht ganz erreicht worden, die die Berliner Zentrale in ihren Richtlinien vom vorigen Samstag empfohlen hatte. Die Verantwortlichen werden das aber mit gutem Recht zu vertreten wissen und haben sich im übrigen auch selbstverständlich streng daran gehalten, diejenigen Kredite abzubauen, die offensichtlich Devisenhamstereien und Börsenspekulationen finanzieren helfen sollten. — Dr. Schacht und Dr. Vögler sind Samstag nachmittag aus Essen wieder abgereist."

Im Gegensatz zu einigen Zeitungsmeldungen, die mitgeteilt hatten, Dr. Schacht sei von Essen nach Berlin gereist, ist festzustellen, daß Dr. Schacht sich bereits wieder nach Paris begeben hat, wo er am Sonntag nachmittag eingetroffen ist.

Wirtschaftsbericht des Völkerbundes

TU Genf, 13. Mai. Der Wirtschaftsrat des Völkerbundes hat nach Abschluß seiner Tagung einen umfangreichen Bericht an den Völkerbundsrat angenommen, der in 8 Kapiteln die allgemeine Weltwirtschaftslage, die Lage des Handels, der Industrie und Landwirtschaft, die Kaufkraft des Geldes, Doppelbesteuerung, Steuerflucht, Bestrebungen zur Sicherung des Wirtschaftsfriedens, sowie die Lage der einzelnen Wirtschaftszweige im Jahre 1928 behandelt. Der sehr umfassende Bericht stellt fest, daß die Zolltarife seit einem Jahre keine Veränderungen aufwiesen, jedoch seien Bestrebungen für eine namhafte Erhöhung der Schutzzölle festzustellen. Damit drohe ein neuer Zeitraum der Konkurrenztarife statt der von der Wirtschaftskonferenz geforderten Senkung der Zollsätze. Der Bericht stellt jedoch ausdrücklich fest, daß in Deutschland der Reichswirtschaftsrat Vorschläge für die Durchführung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz gemacht habe und daß eine Reihe von Kampfzöllen aus den allgemeinen Zolltarifen herabgesetzt oder völlig gestrichen worden seien. In dem Kapitel des Berichtes über die Landwirtschaft wird vorgeschlagen, landwirtschaftliche Sachverständige der Wirtschaftlichen Organisation des Völkerbundes beizugliedern. Es wird betont, die landwirtschaftlichen Fragen müßten jetzt in den Tätigkeitsbereich des Völkerbundes einbezogen werden.

In der allgemeinen Übersicht wird betont, daß 1928 ein Jahr der Anpassung und der Festigung gewesen sei. Die Welterzeugung sei jetzt stärker im Wachsen als das Anwachsen der Weltbevölkerung. Der Anteil des Wohlstandes auf den Kopf der Bevölkerung sei heute größer als in Vorkriegszeiten.

Die Wahlrechtsreform

227 deutsche Wahlkreise.

TU Berlin, 13. Mai. Wie der Demokratische Zeitungsdienst erfährt, sieht der neue Wahlrechtsentwurf des Reichsministeriums des Innern die Schaffung von 227 Wahlkreisen vor. Außerdem enthält der Entwurf eine Bestimmung, wonach in Zukunft die Reichsliste kontingentiert werden soll. Ueber den Zeitpunkt der Vorlage des Entwurfs beim Reichskabinett hat der Reichsinnenminister die Entscheidung zu fällen.

Tages-Spiegel

Auf der Pariser Konferenz herrschte während des Wochenendes Arbeitsruhe. Dr. Schacht und Dr. Vögler waren am Samstag in Essen, um mit den Wirtschaftskreisen des Ruhrgebiets die Krediteinschränkungspolitik der Reichsbank zu besprechen.

*

Innerhalb der Sozialdemokratie macht sich eine Opposition gegen Hilferdings Anleiheplan geltend; auch der bayrische Finanzminister äußerte erneute Bedenken. Der Reichstag wird den Gesetzentwurf heute in erster Lesung beraten.

*

In Wien fanden gestern gleichzeitig ein Heimwehr- und ein Antifaschisten-Aufmarsch statt. Starke Polizeiaufgebote sicherten einen ruhigen Verlauf.

*

In ganz Frankreich wurde gestern der zweite Nationalfeiertag der Jeanne d'Arc, der durch die 500-Jahrfeier des Todestages eine besondere Bedeutung bekam, unter großer Anteilnahme der Bevölkerung festlich begangen. Allenthalben trug er stark militärischen Charakter.

*

In Norditalien, vornehmlich in Bologna, Venedig, Genua, Mailand, Cromona und Medona wurden Erdstöße verspürt, die heftiger waren als die in den letzten Wochen, aber keinen Schaden anrichteten.

*

Die norwegische Arbeiterpartei, die größte Partei im Storthing, hat den Antrag gestellt, daß Norwegen aus dem Völkerbund austritt.

*

Reichskanzler Müller wird sich am 15. Mai nach Stuttgart zur Jubiläumsfeier der Technischen Hochschule begeben.

Landtagswahlen in Sachsen

TU Leipzig, 13. Mai. In Sachsen war gestern eine so rege Beteiligung an der Landtagswahl zu verzeichnen, wie sie bei keiner der letzten Wahlen erlebt worden ist. Die Wahlbeteiligung wurde insbesondere durch das schöne Wetter begünstigt.

Nach einer vorläufigen Berechnung der in ganz Sachsen abgegebenen Stimmen werden sich die 96 Mandate des sächsischen Landtags auf die einzelnen Parteien voraussichtlich verteilen (in den Klammern stehen die Zahlen der verlorenen bzw. gewonnenen Mandate):

Sozialdemokraten 33 (mehr 2); Deutschnationale und Landvolk 13 (weniger 1); Deutsche Volkspartei 13 (mehr 1); Wirtschaftspartei 11 (mehr 1); Kommunisten 12 (weniger 2); Demokraten 4 (weniger 1); Volksrechtpartei 3 (weniger 1); Altsozialisten 2 (weniger 2); Nationalsozialisten 5 (mehr 3).

„Graf Zeppelin" rüstet zur 2. Amerikafahrt

Friedrichshafen, 13. Mai. Die Vorbereitungen für die Amerikafahrt des Graf Zeppelin, die voraussichtlich am kommenden Mittwoch ihren Anfang nehmen wird, sind zur Zeit in vollem Gange. In den letzten Tagen sind neben sonstigen Überholungsarbeiten auch die Motoren des Luftschiffes einer gründlichen Kontrolle auf dem Prüfstand unterworfen worden. Was die Wetterlage über dem Ozean anbelangt, so ist sie augenblicklich, namentlich in der südlichen Hälfte des Atlantik, als sehr gut zu bezeichnen, da zwischen Westeuropa und dem amerikanischen Festland ein großes Hochdruckgebiet liegt, das sich noch einige Zeit behaupten dürfte. Ein genauer Zeitpunkt des Aufstieges ist bisher noch nicht festgesetzt. Im Laufe des heutigen Tages wird das Luftschiff nochmals zu einer Werkstättenfahrt aufsteigen.

Gerüchte um einen Ankauf des „Graf Zeppelin".

Nach einem Neuyorker Sondertelegramm der Pariser Ausgabe des „Newyork Herald" beabsichtigt eine Gruppe in Los Angeles, den „Graf Zeppelin" nach seiner Ankunft in Amerika anzukaufen, um ihn wahrscheinlich zwischen Kalifornien und den Hawaiinseln in Dienst zu stellen. Gleichzeitig mit dieser Mitteilung kündigt das amerikanische Flottenamt an, daß es dem Flug des „Graf Zeppelin" um die Welt, der für Juli geplant ist, seine volle Unterstützung leihen werde. Der Sekretär des Flottenamtes, Adams, erklärte, daß alle Schiffe und Stationen bereits angewiesen sind, die Reise des Luftschiffes zu erleichtern. Das Flottenamt hat ein großes Interesse an dem Zeppelinflug wegen der wertvollen Aufklärungen, die er für die künftigen Flugpläne der gegenwärtig in Akron für das Flottenamt in Bau befindlichen Luftschiffe liefern kann. Die Los Angelesgruppe soll sich besonders aus dem Grunde um den Ankauf des deutschen Luftschiffes bemühen, weil sie auf dem Stillen Ozean mit dem kürzlich von der Goodyear-Linie angekündigten Dienst, der mit zwei Luftschiffen im Jahre 1932 aufgenommen werden soll, in Wettbewerb treten will.

Der Verteter der Zeppelinwerke in Lakehurst gibt bekannt, daß keine Angebote für den Ankauf des „Graf Zeppelin" eingegangen sind.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Krise der Landwirtschaft

TU Genf, 13. Mai. Minister a. D. Hermes, der Führer der deutschen Abordnung in den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen machte im Wirtschaftsrat des Völkerbundes Ausführungen über die Maßnahmen der internationalen landwirtschaftlichen Krise. Hermes wies darauf hin, daß man nun endgültig im Wirtschaftsrat des Völkerbundes zur Bildung eines ständigen landwirtschaftlichen Sachverständigenausschusses gelangen müsse. Der landwirtschaftliche Sachverständigenausschuß würde fruchtbare Arbeit aber nur leisten können, wenn innerhalb der Landwirtschaft selbst Klarheit über den wahren Charakter der landwirtschaftlichen Interessengemeinschaft, aber auch der Gegensätze bestehe und wenn man in enger und ständiger Zusammenarbeit mit Handel und Industrie bleibe. Deutschland habe schon in der Vorkriegszeit seine landwirtschaftliche Erzeugung bei ständigem Sinken des in der Landwirtschaft tätigen Anteils der Bevölkerung unausgesetzt gesteigert. **Die Erhaltung und Stärkung der Landwirtschaft bedeute in einer Reihe europäischer hochentwickelter Staaten nicht nur für diese eine Lebensnotwendigkeit, sondern darüber hinaus auch einen Vorteil für die gesamte Landwirtschaft der Welt.** Der Bruttowert der landwirtschaftlichen Erzeugung belaufe sich in Deutschland auf 13 Milliarden Reichsmark. Hiervon gehe ein Produktionswert von neun Milliarden Reichsmark an die Bevölkerung. **Heute würden 85 v. H. der von der deutschen Bevölkerung benötigten Nahrungsmittel von der heimischen Landwirtschaft geliefert.** Die Agrarkrise in den letzten Jahren habe eine zunehmende Verschärfung erfahren. Die Krise in den einzelnen Ländern weise einen gemeinsamen Zug auf, nämlich die volkswirtschaftlich anormale Preisbildung. Es werde die große Aufgabe des landwirtschaftlichen Sachverständigenausschusses sein, die verwickelten Zustände in der Landwirtschaft selbst und die Verbundenheit mit den anderen Wirtschaftszweigen näher zu untersuchen.

Schlichtungsverfahren im Reichsbahnstreit

TU Berlin, 13. Mai. Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, sind die Eisenbahnorganisationen in ihren Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, daß vor Ausrufung eines Eisenbahnerstreiks der Anregung der Reichsregierung und der Spitzenorganisation nachgekommen und der Reichsarbeitsminister um die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens ersucht werden soll. Die Eisenbahnerverbände knüpfen an diesen Beschluß die bestimmte Erwartung, daß der Ausgang des Schlichtungsverfahrens den Forderungen der Mitgliedschaft der beteiligten Organisationen Rechnung tragen möge. Wann der Reichsarbeitsminister Verhandlungen für das Schlichtungsverfahren anberaumen und wer als Schlichter gestellt werden wird, steht zur Zeit noch nicht fest.

Rückkehr der Flotte von der Spanienreise

TU Wilhelmshaven, 13. Mai. Die Flotte ist in der Nacht zum 11. Mai wieder auf der Reede der Jade eingetroffen und hat damit die Spanienreise beendet. Samstag morgen schleusten die großen Linienschiffe „Schleswig-Holstein" und „Schlesien" ein, die Torpedoboote folgten, während die Schiffe der Ostseestreitkräfte vom Flottenchef nach ihrem Heimathafen Kiel beordert worden sind. Der Eindruck, den die Flotte in Spanien gemacht hat, ist, wie üblich gut gewesen. Für die neuen Torpedoboote „Wolf", „Möve", „Albatros", „Greif" und „Kondor" hat die Reise, die in erster Linie eine Ausbildungsfahrt mit vielen Übungen war, erschwerte Bedingungen gebracht, die von den Booten gut erfüllt worden sind.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen

TU Berlin, 13. Mai. Wie der Börsenkurier meldet, begibt sich gleich nach seiner Rückkehr aus Genf der Leiter der deutschen Abordnung, Minister a. D. Hermes, Mitte dieser Woche in Begleitung von Vertretern des Auswärtigen Amts, des Reichsinnenministeriums und der Reichsbahn wieder nach Warschau, wo Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des preußischen Handelsministeriums und anderer Aemter gegenwärtig bereits weilen. Die erneute Reise von Dr. Hermes verfolgt den Zweck, die bei seinem jüngsten Aufenthalt in Warschau erzielten Ergebnisse weiter auszubauen.

Das Ergebnis des deutschen Einspruchs in Moskau

TU Berlin, 13. Mai. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat die russische Regierung dem deutschen Botschafter in Moskau mitgeteilt, daß der Kriegskommissar Woroschilow, wie er erklärt habe, mit seiner Rede keine Einmischung in die deutschen Verhältnisse beabsichtigt habe. Die russische Regierung habe hinzugefügt, daß der authentische Wortlaut der Rede, so wie er in der in- und ausländischen Presse erschienen sei, auch keine Wendungen enthalte, die eine Einmischung in deutsche Belange bedeuteten. Bezüglich der Panzerkreuzerangelegenheit stehe die Sowjetregierung auf dem Standpunkt, daß sie Verhöhnungen der deutschen Hoheitszeichen auch bei Massenkundgebungen nicht zulassen werde. Bezüglich der Kundgebung in Leningrad habe die Sowjetregierung die Untersuchung der Vorgänge zugesagt, jedoch hinzugefügt, daß nach ihrer Ansicht die Kundgebung spontan erfolgt sei.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wird der deutsch-russische Streit, der wegen der Berliner Maiunruhen entstanden ist, nach dem Meinungsaustausch zwischen dem deutschen Botschafter von Dircksen und dem stellvertretenden Außenkommissar Karachin, amtlich als erledigt angesehen.

Württ. Landtag

Der Finanzausschuß über den Ausbau der Technischen Hochschule.

Der Finanzausschuß des Landtages setzte die Beratungen des Etats fort bei Kap. 40, Technische Hochschule. Der Berichterstatter Dr. Wider (BB.) äußerte sich u. a. auch zur Frage der Neuanlage der Technischen Hochschule. Zu dieser Frage sind auch eine Reihe von Eingaben eingekommen. Nach Ansicht des Berichterstatters hat der Rosensteinplatz auszuscheiden. Der Platz und die Umgebung von Ludwigsburg ist ideal. Das verkehrsmäßige Erreichen ist nicht ideal. Indes hat Ludwigsburg auch sonst noch sehr große Vorzüge. Ludwigsburg würde sich als Hochschulstadt gut eignen. So wird Ludwigsburg aus dem Kreis der Erwägungen nicht auszuschalten sein. Der Degerlocher Platz kommt auch nicht in Frage wegen der Sportplätze. Der bisherige Platz der Technischen Hochschule kommt ebenfalls nicht mehr in Frage. Beim Weißenhofplatz hätte man eine ganz großartige Zusammenfassung der Hochschule, der Akademie, der höheren Fachschulen, wie man es sonst nirgends in Deutschland antrifft. Die Nachteile sind nicht unüberbrückbar. Als Ablehnungsgrund gegen das Weißenhofgelände kommt nur die Zahl der Spaziergänger in Frage. Dieser Grund darf nicht ausschlaggebend sein, um so weniger, wenn es gelingt, das Rosensteingelände für Spaziergänger mehr als bisher zu öffnen und anziehend zu machen. Der Weg der gütlichen Einigung zwischen Staat und Stadt sollte gesucht werden. In diesem Sinn legte der Berichterstatter folgenden Antrag vor: „Der Landtag möge beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen: 1. den weiteren Ausbau der Technischen Hochschule am jetzigen Platz oder seiner nächsten Umgebung nicht mehr ins Auge zu fassen; 2. in erneute Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart wegen Verlegung der Hochschule nach dem Weißenhofgelände einzutreten." — Ein Redner des Zentrums erklärte, daß der gegenwärtige Zustand unzulänglich und eine Aenderung geboten sei. Und zwar soll ein Weiterausbau durch allmähliche Verlegung in Frage kommen. Als Platz kann lediglich das Weißenhofgelände in Frage kommen. Von der ganzen Angelegenheit, die eine Landesangelegenheit ist, hat die Stadt Stuttgart den Hauptnutzen. Die Stadt Stuttgart sollte möglichst rasch eine andere Haltung einnehmen. Ein Sozialdemokrat erklärte, daran, daß die Frage nicht gelöst ist, sei die Regierung schuldig. Die Konkurrenzangebote der Städte müssen als peinlich empfunden werden. Die Bebauung des Weißenhofgeländes für die technische Hochschule sei eine Verschandelung der Gegend. Der Kultminister erklärte, daß die Regierung ganz klar in zweifacher Hinsicht ihre Meinung ausgesprochen habe, einmal, daß kein weiteres Gebäude mehr auf den alten Platz gestellt werden soll, und dann, daß als Neubaugelände der Weißenhofplatz der geeignetste sei. Ein demokratischer Redner spricht sich ebenfalls für das Weißenhofgelände aus und weiterhin für einen generellen Plan seitens der Regierung. Eine Lösung der schwierigen Frage bis zum Jubiläum der Hochschule sei nicht möglich. Ein Redner der Deutschen Volkspartei weist darauf hin, daß in weiten Kreisen Bedenken geäußert wurden, ob der Neuausbau der Technischen Hochschule überhaupt notwendig sei, weil der Bedarf an Technikern auf lange Zeit gedeckt sei. Wenn man aber schon eine Hochschule in Stuttgart habe, solle sie auch auf der Höhe stehen. Die Haltung des Stuttgarter Gemeinderats sei kleinlich. Der Redner des Bauernbundes hat das Vertrauen zu der Regierung, daß sie nichts Unnötiges und finanziell Unmögliches verlangt bezüglich der Hochschulfrage. Ein zweiter Redner des Zentrums ist von der Dringlichkeit des Hochschulneubaus nicht überzeugt. Die Ueberfüllung der Techn. Hochschule wird nicht immer so bleiben wie gegenwärtig. Mit einem mäßigen Ausbau auf vorhandenem Gelände könnte man sich für die nächste Zeit begnügen. Was notwendig ist und was bald geschehen muß, soll geschehen, aber Vorsicht ist nötig und der erste Schritt ist zu überlegen. Ein Redner des Christl. Volksdienstes meint, man solle die Mittel für Neubauten nicht einseitig verteilen. Der Antrag Dr. Wider wurde angenommen. Ein Antrag Heymann und Gen., das Staatsministerium zu ersuchen, baldmöglichst eine Vorlage über den Um- oder Neubau derjenigen Laboratorien und Institute der Technischen Hochschule, deren Zustand dringend einer Verbesserung bedarf, beim Landtag einzubringen, wurde ebenfalls angenommen. Das Kap. 40 selbst wurde angenommen. Ein soz. Antrag: Gegen eine Ueberschreitung der in Tit. 6 vorgesehenen Summe für Beihilfen an bedürftige Studierende in Höhe von 10 000 RM. keine Einwendungen zu erheben, war nicht anzufechten.

Landtagseingaben.

Nach dem soeben ausgegebenen 9. Verzeichnis der beim Württ. Landtag eingekommenen Eingaben sind in der Zeit vom 11. März bis 17. April beim Landtag 42 weitere Petitionen eingelaufen und inzwischen den zuständigen Ausschüssen überwiesen worden. Damit ist die Gesamtzahl der Landtagseingaben auf 388 angewachsen. Unter den Eingaben befinden sich solche des Landesverbands der Württ. Haus- und Grundbesitzervereine um Bereitstellung von Mitteln aus der Gebäudeentschuldungssteuer zur Deckung der Kosten der durch die Kälte entstandenen Schäden an den Häusern; ferner eine Eingabe der Württ. Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbundes Stuttgart um Gewährung eines staatlichen Zuschusses, eine Eingabe des Württ. Gemeindetags zu den Landessteuergesetzen, eine Eingabe der Stadtgemeinde Hall um Gewährung eines laufenden Staatsbeitrags für den Unterhalt der dortigen höheren Schulen, sodann eine Eingabe des Württ. Notariatsvereins um Schaffung besserer Beförderungsverhältnisse im mittleren Justizdienst, Eingaben der Gemeinden Leutkirch, Isny und Wangen i. A. betreffend Errichtung einer Melkerschule, endlich verschiedene Eingaben von Beamtenorganisationen mit Wünschen zum Haushaltplan für 1929.

Um die Auflösung der Fideikommisse.

Der Rechtsausschuß des Landtags nahm die zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Auflösung der Fideikommisse vor. Berichterstatter war der Abg. Dr. Göz. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um den Art. 3, Abs. 4 (Regelfall der Auflösung) Hier soll nach dem Antrag des Berichterstatters das Fideikommißvermögen 30 Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in der Hand der gegenwärtigen Inhaber freies Vermögen werden. Justizminister Beyerle stimmte dem Antrag zu, weil bei der Befristung von 30 Jahren die Anwärterrechte ebenso wie die volkswirtschaftlichen Interessen gewahrt seien. Der Antrag Göz wurde mit 5 Ja gegen 4 Nein angenommen. Im übrigen gab es noch verschiedene kleinere Aenderungen.

Der goldene Mantel.

Roman von Heinz Welten.

Copyright by Romandienst Digo, Berlin W 30.

(15. Fortsetzung.)

Doktor Ulpianus hätte sich die redlichste Mühe geben können, in den Augen der Rothenburger für einen reichen Mann zu gelten, er hätte das Geld mit vollen Händen herauswerfen mögen und würde sein Ziel doch niemals erreicht haben. Denn die Rothenburger hatten ihre eigenen Gedankengänge, in denen sich ein anderer nicht zurechtfand und ein Mann, der viel Geld ausgab, war ihnen deshalb kein reicher Mann. Im Gegenteil! Sie folgerten, daß einer, der das Geld ausgab, statt es zusammenzuhalten, bald ein armer Schlucker sein würde und daß vornehmlich ein Alter, der trotz seiner eisgrauen Haare den Wert des Geldes nicht kannte, noch einmal an den Bettelstab kommen mußte, also, daß man gut tat, sich beizeiten von ihm zurückzuziehen, bevor er den Versuch machte, die Bekanntschaft in bare Münze umzusetzen. Denn man würde das Geld, das er entlieh, nicht wiedersehen, es sei denn am Nimmermehrstage.

Also dachten die Rothenburger, und weil sie so dachten, darum wäre dem Doktor Ulpianus das wunderliche, heiß ersehnte Glück niemals zugefallen, wenn nicht die Bärenwirtin gewesen wäre, die es ihm schuf am nämlichen Abend, da er in seiner Kammer saß und auf die Weinkanne schaute, aus der wie bunt schillernde Seifenblasen ihm liebliche farbenfrohe Bilder aufstiegen. Es war schon spät in der Nacht, als er sich zur Ruhe niederlegte, doch tat er es nicht, ohne zuvor den Ring aus seinem Felleisen zu holen und ihn sorgfältig in das Futter seines Mantels einzunähen. Denn die Edelsteine des Ringes waren das einzige Geschloß, das den goldenen Mantel noch auf seinen Schultern zusammenhielt. Verlor er dieses, dann fiel der Mantel an ihm nieder und er stand in kläglicher Nacktheit vor dem kalten Hohne der Menschen, an dem er erfrieren mußte.

Ängstlich zog er Faden um Faden durch das dicke Tuch und überzeugte sich immer wieder, ob der Ring auch wirklich so fest eingenäht war, daß er ihn nimmer verlieren konnte. Er wußte noch nicht, daß dank der Phantasie und der Geschwätzigkeit eines alten Weibes sein Ruf als ein reicher Mann schon so fest gegründet war, daß der Besitz eines kostbaren Ringes ihn nicht mehren, dessen Verlust ihn nicht zu mindern vermocht hätte.

Am nächsten Morgen war kein Kind in Rothenburg, das nicht die Anzahl seiner güldenen Ketten und Geschmeide und all die Edelsteine hätte aufzählen können, die an den Fingerlingen saßen, und alle insgesamt die kleinen Rothenburger, die auf der Gasse mit Steinmurmeln spielten und die großen Rothenburger, die vor ihren Werkstuben und Kaufhallen standen, grüßten den Doktor durch Zuruf, rissen die Kappen vom Kopf und machten einen tiefen Kratzfuß, als er in der schweren holprigen Berline an ihnen vorüberfuhr. Tiefer als vor dem Herrn Bürgermeister beugten sie vor ihm die Rücken und die Augen sahen ihm nach mit Hochachtung und mit soviel Ehrerbietung, wie sie nicht einmal für den kaiserlichen Rat, Herrn Ernst Wilmersdörffer, aufgebracht hatten, der vor zwei Jahren mit einem kaiserlichen Handschreiben von Wien gekommen war und der nach der Verfügung des hohen Rats genau so hatte ästimiert werden müssen, als ob er die kaiserliche Majestät selbst gewesen wäre.

Ulpianus saß im Reisewagen, tief zurückgelehnt in die Kissen und sah die Reverenzen nicht, die ihm gemacht wurden und hörte nicht die Grüße, die ihm zuflogen. Noch saß ihm die Sorge im Nacken und hielt ihm die Brille mit den grauen Gläsern vor die Augen, so daß die ganze Welt grau in grau vor ihm lag und sein Herz in bangen Schlägen zuckte. Vom Weine beschwingt, war ihm gestern das Blut schneller durch die Adern gerollt; heute, da die Weingeister ihn verlassen hatten, zweifelte er daran, daß das Geschäft mit dem Lammwirt sich würde so abwickeln lassen, wie er es sich zurechtgelegt hatte.

Sich hierüber Gewißheit zu schaffen, war das erste, was er tun mußte. Erst, wenn er dieser quälenden Ungewißheit ledig war, konnte er weiter denken. Er war so eingesponnen in seine Befürchtungen, im Ausmalen schwarzer Zukunftsbilder, deren eines immer kläglicher wurde als das andere, daß er keinen anderen Gedanken mehr zu fassen vermochte als den einen, so schnell als möglich nach Würzburg zu kommen und das Geschäft mit dem Lammwirt richtig zu machen. Nicht einmal die Postkutsche wartete er mehr ab, die ihn für fünfzig Kreuzer nach Würzburg gebracht hätte, sondern er ließ die Berline des Bärenwirts anspannen, für die er zwei Gulden zahlen mußte.

Als der Wagen durch Schwabsvot rollte, schlug die Turmuhr die elfte Stunde. Jetzt hätte er im Garten des Herrn Deuschlin sitzen, sich bei Frau Jacobea wegen seines gestrigen Fernbleibens entschuldigen müssen. Und nun fuhr er hier die Landstraße hinunter und hatte nicht einmal einen Abschiedsgruß bestellen lassen. Was würde Frau Jacobea von ihm denken? Mußte sie nicht annehmen, daß er jeglicher Lebensart bar sei, er, der soviel von den Grafen und Patriziern erzählt hatte, die seine besten Freunde gewesen waren drunten in Venedig?

Er biß sich auf die Lippen. Er hatte nicht warten können. Erst mußte er den Handel mit dem Lammwirt auf gleich bringen: alles andere würde sich finden.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Staat und Kartelle

Der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß des Landtags setzte die Beratungen über den Antrag des Christl. Volksdienstes betr. Kartelle fort. Staatsrat Rau erklärte, daß die überwiegende Auffassung festgestellt werden darf, daß bei der Gestaltung unserer Wirtschaft die Kartelle nicht entbehrt werden können. Eine gewisse Ordnung des Wettbewerbs und der Produktion durch Vereinbarung im Interesse einer größeren Stabilität der Preisverhältnisse und zur Abwendung größerer Konjunkturschwankungen sei notwendig. Auf der anderen Seite dürfe aber auch als sicher festgestellt werden, daß die Machtstellung der Kartelle und der Mißbrauch dieser Machtstellung Grund genug seien, gegen Mißbräuche vorzugehen. Um gewissen Ueberspannungen des Kartellwesens entgegentreten zu können, ist die Kartellverordnung vom Jahr 1923 erlassen worden. Sind diese Bestimmungen ausreichend, um Mißbräuchen wirksam entgegentreten zu können? Auch darüber gehen die Ansichten auseinander. U. a. hat der Deutsche Juristentag in Salzburg jene Verordnung als zu weitgehend bezeichnet. Aenderungsvorschläge sind vielfach schon gemacht worden. Vielleicht könnte eine Anzeigepflicht festgesetzt werden. Mit den in dem Antrag des Berichterstatters vorgeschlagenen Maßnahmen erklärte sich die Regierung einverstanden. Der Ausschuß stimmte folgendem Antrag zu: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuweisen, daß 1. durch gesetzgeberische Maßnahmen eine bessere Offenlegung bei den Kartellen erreicht wird, darüber hinaus auch bei den Aktiengesellschaften durch eine zeitgemäße Umbildung des Aktien- und Bilanzrechtes; ferner in eine Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit die Möglichkeit besteht, die Aufsicht des Staates über Kartelle, Monopole, Konzerne und ähnliche Wirtschaftsgebilde an Stelle der Kartellverordnung vom 2. November 1923 (gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen) wirksamer als bisher in einer Weise durchgreifend zu ordnen, die den Mißbrauch der wirtschaftlichen Machtstellung dieser Gruppen zum Nachteil des Staates, der Verbraucher u. der ganzen Volkswirtschaft möglichst ausschließt; 2. von den Möglichkeiten der Kartellverordnung und der Gesetzgebung über die Zwangsstelle wirklich Gebrauch gemacht wird. Insbesondere sind die Mittel der bestehenden Kartellverordnung gegen alle Kartelle anzuwenden, die eine monopolistische Ausnützung ihrer wirtschaftlichen Macht erkennen lassen; 3. untersucht wird, inwieweit den Kartellen und dem Markenschutzverband die Bindung der nächsten Wirtschaftstufe des Handels auf bestimmte Preise durch die entsprechend zu ändernde Kartellverordnung zu verbieten sind; 4. der im Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat vorgesehene ständige Enquête-Ausschuß, dem außer den Wirtschaftlern auch sachkundige Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter angehören müßten, bei der Kartellkontrolle und bei der Durchführung der Kartellverordnung dem Reichswirtschaftsministerium bzw. dem zu schaffenden Kartellamt zur Seite gestellt wird. Für den Antrag stimmten Zentrum, Chr. Volksdienst, Sozialdemokraten und ein Teil des Bauernbunds.

Gegen das zu rasche Fahren der Kraftfahrzeuge.

Die Abg. Kling und Gen. (Chr. Vd.) haben folgende Kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: „Infolge des übermäßig raschen Fahrens der Kraftfahrzeuge häufen sich die schweren Unfälle vor allem an Wohnorten und an unübersichtlichen Stellen der Straßen in erschreckendem Maße. Nicht nur die Fahrenden selbst, sondern auch die Fußgänger und Radfahrer sind dadurch dauernd gefährdet. Mit der raschen Vermehrung der Kraftfahrzeuge und des Fahrtempos steigert sich auch die Staubplage und die sonstige Belästigung der Fußgänger und der landwirtschaftlichen Fahrzeuge. Der Unwille über diese Rücksichtslosigkeiten mancher Auto- und Motorradfahrer wächst in allen Kreisen der Bevölkerung. Wenn diese Gefahren und Belästigungen nicht durch eine wirksame straßenpolizeiliche Ueberwachung auf ein erträgliches Maß gemindert werden, dann ist zu befürchten, daß die erregte Bevölkerung da und dort zu bedauerlichen Akten der Selbsthilfe greifen muß. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um diesen Uebelständen wirksam zu begegnen? Die Unterzeichneten bitten um eine baldige schriftliche Antwort."

Aus Württemberg

Erster Evangel. Landeskirchentag 1929.

Der durch Verfügung des verstorbenen Kirchenpräsidenten vom 13. April auf Montag, 13. Mai wieder einberufene Landeskirchentag beginnt mit folgender Tagesordnung: Rechenschaftsbericht des ständigen Ausschusses und Prüfung der Anträge des Ausschusses für Recht und Wirtschaft zu einem Entwurf eines kirchlichen Gesetzes zur Aenderung des [illegible]schen. Als Schiedsrichter amtete der Bezirksleiter Schmid-

140 Millionen Reichssteuerüberweisungen.

Der Reichsfinanzminister teilte dem Reichstag soeben mit, daß der Freistaat Württemberg im Rechnungsjahr 1929-30 nach den Schätzungen des Reichsfinanzministeriums den Betrag von 140 066 000 RM. an Reichsüberweisungssteuern vom Reich erhält oder 4,28 Prozent der gesamten Steuerüberweisungen des Reiches an die Länder. Im Rechnungsjahr 1928-29 machte die Gesamtsumme für den Freistaat Württemberg 138 012 000 RM. oder 4,30 Prz. der gesamten Steuerüberweisungen des Reiches an die Länder aus.

Diese auf Württemberg entfallenden Gesamtsummen der Reichssteuerüberweisungen setzen sich folgendermaßen zusammen: Einkommensteuer 1929: 87 024 000 RM. (1928: 88,093 Mill. RM.) oder 1929 wie 1928 4,05 Prz. der gesamten Reichsüberweisungen an die Länder. Körperschaftssteuer 1929: 15 741 000 RM. (1928: 14,731 Mill.) oder in beiden Fällen 3,57 Prz. der Gesamtüberweisungen des Reiches aus der Körperschaftssteuer. Aus der Umsatzsteuer 1929: 13,894 Mill. (1928: 13,038 Mill.) oder 4,15 Prz. jeweils. Aus der Grunderwerbssteuer 1929 wie 1928 den in beiden Rechnungsjahren gleichen Betrag von 6,044 Mill. oder 15,74 Prz. Aus der Kraftfahrzeugsteuer wird Württemberg im Rechnungsjahr 1929-30 vom Reich den Betrag von 8,480 Mill. erhalten gegenüber 6,619 Mill. im Rechnungsjahr 1928-29. In beiden Fällen beträgt Württembergs Anteil an den Gesamtüberweisungen des Reiches aus dem Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer an die Länder 4,31 Prz. Aus der Rennwettsteuer soll Württemberg im Rechnungsjahr 1929-30 vom Reich 750 000 RM. Steuerüberweisungsanteile erhalten gegenüber 834 000 RM. im Rechnungsjahr 1928 (2,17 Prozent in beiden Rechnungsjahren). Aus der Biersteuer soll Württemberg im Rechnungsjahr 1929 den Betrag von 8,633 Mill. oder 14,54 Prozent erhalten; die beiden Ziffern waren bereits im Rechnungsjahr 1928 dieselben. Der Reichsfinanzminister bemerkt besonders, daß die Biersteuer-Sonderentschädigungen sich für das Rechnungsjahr 1928 bei Bayern auf 45 Millionen (Höchstbetrag), bei Württemberg auf 8,633 Mill. (Höchstbetrag) und bei Baden auf 5,742 Mill. (Betrag nach Hundertteilen), zusammen auf 59,375 Mill. RM. berechnen; für das Rechnungsjahr 1929 sind bei allen drei Ländern die Höchstbeträge auf zusammen 59,388 Millionen Reichsmark angesetzt worden.

Die Anteile an dem Istaufkommen der Ueberweisungssteuern im Rechnungsjahr 1928 werden den Haushaltsansatz voraussichtlich um etwa 160—170 Millionen übersteigen. Der Anteil der Ueberweisungen von Reichssteueranteilen an dem Gesamtaufkommen beträgt für 1929: 34,5 Prozent, für 1928 betrug er 36,2 Prz. Die Senkung des verhältnismäßigen Anteils der Länder im Jahre 1929 ist mit auf das in diesem Jahre für das Reich einbehaltene Voraus von 120 Mill. Reichsmark zurückzuführen.

Besserung der Finanzlage um 1 Million Mark.

Die Württ. Staatskasse wird vom Reich zu der bereits erhaltenen Postabfindung in Höhe von 7 Millionen RM. noch 1,010 Mill. erhalten. Es geschieht dies auf Antrag des sozialdemokratischen Abg. Keil, der verlangt hatte, daß Württemberg mit Bayern im Verhältnis der Postabfindungsforderung gleich behandelt werde. Bayern wird 20 Millionen erhalten.

Aus Stadt und Land

Calw, den 13. Mai 1929.

Die Lage des Handwerks im Kammerbezirk Reutlingen im April

Die Handwerkskammer Reutlingen teilt hiezu u. a. mit: Im April setzte sich die Besserung des Geschäftsganges in einer Reihe von Handwerksberufen fort, am stärksten entsprechend der Jahreszeit im Rohbauhandwerk, etwas langsamer und zögernder vorerst noch in den Baunebengewerben. Sonst lauteten die Berichte aus dem Handwerk jedoch nicht besonders günstig. Wenn auch der Auftragsbestand und Arbeitsanfall im allgemeinen nicht gerade als ungenügend bezeichnet werden konnte, so stehen dafür die Geschäftsergebnisse keineswegs in dem richtigen wirtschaftlichen Verhältnis hiezu. Die Betriebe sind mit Unkosten, Steuern usw. derart belastet, daß bei den erzielten Preisen der Verdienst klein beieinander war, vielfach sogar für einen solchen überhaupt nichts übrig blieb. Dadurch wird vor allem die dringend notwendige Kapitalneubildung und mit ihr die finanzielle Stärkung der Geschäfte ganz erheblich gehemmt, zum Teil direkt unmöglich gemacht. Darin ist eine Hauptursache der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu erblicken, mit denen das Handwerk heute zu kämpfen hat. Um so mehr glaubt deshalb das Handwerk, endlich einmal auf eine Erleichterung der Steuerlasten, namentlich eine Senkung der Realsteuern rechnen zu dürfen. Der Geschäftsverkehr mit der Landwirtschaft hielt sich immer noch in recht engen Grenzen. Von der Industrie erhielt das Handwerk ebenfalls verhältnismäßig wenig Aufträge, was wohl daher kommt, daß verschiedene wichtige Industriezweige des Kammerbezirks zur Zeit schwach beschäftigt sind und ihre Betriebe zum Teil verkürzt arbeiten lassen. Bei der übrigen Bevölkerung wirkt teilweise die lange Arbeitslosigkeit in einer erheblich geschwächten Kaufkraft noch nach. Größere Bestellungen und Aufträge von Reich, Staat, Gemeinden und Verkehrsanstalten an das Handwerk blieben spärlich. Lebhaft geklagt wird im Handwerk über den außerordentlich langsamen Zahlungseingang.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die weitere Entspannung des Arbeitsmarktes wurde, wie vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland mitgeteilt wird, in der Berichtszeit vom 25. April bis 1. Mai nach wie vor vom Baugewerbe und den übrigen von Jahreszeit und Witterung abhängigen Gewerbezweigen getragen. Einer durchgreifenden Entlastung des Arbeitsmarktes und der Unterstützungseinrichtungen stand die Stagnation der Industrie hindernd entgegen. Der Stand der Hauptunterstützungsempfänger am 1. Mai war folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 56 323 Personen (39 589 Männer, 16 734 Frauen), in der Krisenunterstützung 9114 Personen (7470 Männer, 1644 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 7358 oder 10,1 v. H. von 72 795 Personen (54 059 Männer, 18 378 Frauen) am 1. Mai. Davon kamen auf Württemberg 16 619 gegen 19 213 und auf Baden 48 818 gegen 53 582. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland kamen am 1. Mai 1929 auf 1000 Einwohner 18,0 Hauptunterstützungsempfänger gegen 18,8 am 3. April und 31,9 am 6. März.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Ueber den Kontinent erstreckt sich ein schwaches Hochdruckgebiet, während sich im Norden und Süden Depressionen befinden. Für Dienstag und Mittwoch ist zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

*

Hirsau, 12. Mai. Eine größere Anzahl Tübinger Professoren von den Universitätskliniken traf am vergangenen Samstag hier ein und stieg im Kurhotel ab. Darauf besichtigten sie Hirsau, vor allem die Klosterruinen und das Sanatorium von Dr. Römer. Sie sprachen sich in überaus anerkennenswerter Weise über Hirsau aus und versprachen, den Besuch im Herbst zu wiederholen.

SCB **Pforzheim, 12. Mai.** Am Himmelfahrtsmorgen wurde während des Konzerts der Feuerwehrkapelle am Seehaus eine Konzertbesucherin plötzlich von Geburtswehen überrascht. In höchster Eile wurde das Sanitätsauto gerufen und die werdende Mutter in ihrer schweren Stunde an geeignetere Stelle gebracht.

SCB **Stuttgart, 12. Mai.** Als einer der letzten Gedenksteine für die gefallenen Württemberger im Weltkrieg wurde heute vormittag in dem Ehrenhain der württ. Truppen auf dem Waldfriedhof ein Ehrenmal für die in den deutschen Kolonien gefallenen Württemberger eingeweiht.

SCB **Tübingen, 12. Mai.** Samstag vormittag wurden ca. 500 neuangekommene Studierende nach einer vorangegangenen Ansprache vom neuen Rektor, dem Professor der Geologie, Dr. Hennig, immatrikuliert. Nach den Matrikeln der Universität kann mit einer Gesamtziffer von etwa 3800 Studierenden und etwa 100 Hörern in diesem Sommer gerechnet werden. Damit würde Tübingen mit 3900 Studenten hinsichtlich der Frequenz immerhin unter den 10 ersten von 23 deutschen Universitäten marschieren.

SCB **Hohenheim, 12. Mai.** Die Erdbebeninstrumente in Hohenheim und Ravensburg verzeichneten gestern abend ein starkes Nahbeben mit einer Herdentfernung von etwa 420 Kilometern. Der Herd befindet sich wahrscheinlich wieder in Oberitalien. In Hohenheim trafen die ersten Erschütterungswellen um 20 Uhr 23 Minuten 54 Sekunden ein.

Sport

Fußballsport.

Der Fußballverein Calw 1912 e. V. in der Kreisliga.

FC. Dietlingen I — FV. Calw I 0:3 (0:1).
FC. Hausen I — FV. Calw II 0:5 (0:2).

Vor ca. 1100 Zuschauern gewann die 1. Mannschaft des FV. Calw gegen Dietlingen I 3:0. Es war von Anfang bis zum Schluß ein rassig und fair durchgeführter Kampf. Durch den gestrigen Sieg errang sich die 1. Mannschaft den Aufstieg zur Kreisliga des Enz-Neckar-Kreises.

Die 2. Mannschaft gewann im Verbandsspiel gegen Hausen I 5:0 (2:0).

Die Tabelle der Aufstiegsspiele weist nun folgenden Stand auf:

	Spiele	gewonnen	unentschieden	verloren	Punkte
F. V. Calw I.	3	2	1	—	5
F. C. Büchenbronn	2	1	—	1	2
F. C. Dietlingen	3	—	1	2	1

*

Handball-Verbandswettspiel TV. Ebhausen I — TV. Calw I
Ergebnis 4:1 für Calw (2:1).

Auf dem Turn- und Spielplatz des TV. Calw wurde gestern das Rückspiel mit Ebhausen ausgetragen. Nach dem Anspiel der Gästemannschaft übernahm die Calwer Elf sofort die Führung und erzielte bereits in der ersten Minute das erste Tor. Die Ebhauser Mannschaft versuchte hin und wieder die Führung zu erhalten, was ihr jedoch bei dem technisch besseren Gegner nicht gelang. Erst die 19. Minute brachte den Gästen mit einem Strafwurf gegen Calw ihr Ehrentor.

Das Spiel selbst war durchweg interessant, beide Mannschaften zeigten ein gutes Zusammenspiel, allerdings sollte während des Spiels mehr Disziplin und somit Ruhe herrschen. Als Schiedsrichter amtete der Berizksleiter Schmid-Nagold, der in seinen Entscheidungen sehr loyal war und daher auch Anerkennung fand. Das Publikum (50 Prozent Zaungäste) verfolgte das Spiel mit großem Eifer. Vpw.

Handballspiel Ernstmühl-Nagold 1:2.
Halbzeit: 0:0.

Beide Mannschaften zeigten ein schönes Zusammenspiel und sicherten durch flottes Tempo einen interessanten Spielverlauf. In der zweiten Halbzeit konnte jede Mannschaft bald ein Tor erreichen, im letzten Moment noch war es Nagold möglich, einen Zufallstreffer zu buchen. Schiedsrichter Eschenbächer war dem Spiel ein sehr guter Leiter. M.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	169,77
100 franz. Franken	16,50
100 schweiz. Franken	81,30

Börsenbericht.

SCB **Stuttgart, 12. Mai.** Die Börse zeigte am Samstag etwas freundlichere Stimmung bei teilweise leicht anziehenden Kursen.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. V.

L.C. Berliner Produktenbörse vom 11. Mai.

Neuyork: Weizen loco 127; harter 118; Mais neu 98⅝; Mehl 515—555; **Chikago:** Weizen Mai 103⅜; Juli 107⅝ bis 108; Sept. 111⅝—¾; Dez. 116⅜—½; Mais Mai 84¼; Juli 88⅛; Sept. 90; Dez. 84⅛; Hafer Mai 45⅝; Juli 43⅞; Sept. 42⅛; Roggen Mai 87¼; Juli 87¼; Sept. 90¼; allgemeine Tendenz stetig.

L.C. Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt v. 11. Mai.

Edeläpfel 40—50; Tafeläpfel 20—40; Kartoffel 6,50—7; Kopfsalat 20—30; Blumenkohl 0,30—1,20; Karotten 30—40; Zwiebel 11—14; Gurken große 40—80; Rettiche 20—35; Monatsrettiche 12—15; Sellerie 1 Stück 20—50; Schwarzwurzeln 30—35; Spargeln 0,80—1,60; Schw. Spargeln 60—80; Spinat 12—15; Rhabarber 12—15; Kohlraben 20—25.

Viehpreise.

Biberach: Ochsen 480—550; Farren 380—450; Kühe 200 bis 450; Kalbeln 450—600; Jungvieh 180—300 M. — **Ergenzingen:** Großvieh 400—570; Jungvieh 220—250 M. — **Mengen:** Farren 300—650; Ochsen 480—620; Kühe 220—520; Kalbeln 400—700; Jungvieh 160—340 M. — **Winnenden:** Ochsen 700—725; Stiere 590; Kühe 300—450; Kalbinnen 450—700; Jungrinder 250—420 M.

*

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftltg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Kleine politische Nachrichten

Kommunistischer Demonstrationsversuch in Mannheim. In Mannheim versammelten sich trotz polizeilichen Verbotes auf einen Aufruf der kommunistischen „Arbeiterzeitung" hin mehrere hundert Demonstranten auf dem Marktplatz. Die Ansammlung wurde durch ein starkes Polizeiaufgebot zerstreut und einige Personen in Haft genommen.

Stillegung der Vulkanwerft in Hamburg. Die Vulkanwerft in Hamburg, die zu den größten Deutschlands zählt, soll jetzt stillgelegt werden. Die Werft, die der deutschen Schiffs- und Maschinenbau AG. (Deschimag) in Bremen angegliedert ist, hatte 3—4000 Arbeiter beschäftigt.

Reichskanzler a. D. Dr. Marx in Rom. Der frühere Reichskanzler Dr. Marx und Frau Marx sind in Rom eingetroffen, um hier einige Erholungstage zu verbringen. Der Besuch trägt Privatcharakter, doch wird Dr. Marx sicher vom Papst empfangen werden.

Schwere Zusammenstöße zwischen Hindus und Mohamedanern. In Mangalore an der Malabarküste haben nach Meldungen aus Bombay schwere Unruhen und Kämpfe zwischen Moplahs und Hindus stattgefunden, denen die Polizei erst nach Einsetzung von Panzerwagen ein Ende machen konnte.

Neuer Zwischenfall zwischen Bolivien und Paraguay. Zwischen Bolivien und Paraguay hat sich ein neuer Zwischenfall ereignet. Die Regierung von Bolivien teilte dem Generalsekretär des Völkerbundes mit, daß eine paraguayische Patrouille in bolivianisches Gebiet in der Gegend von Fort Vanguardia eingedrungen sei. Die bolivianischen Truppen hätten ihre Stellung behauptet. Gleichzeitig teilt die bolivianische Regierung mit, daß sie die von der panamerikanischen Konferenz im Dezember aus Anlaß des Streitfalls zwischen Bolivien und Paraguay eingesetzte Untersuchungskommission angerufen habe.

Hungersnot im Wilnagebiet

TU Warschau, 13. Mai. Wie ein hiesiges Blatt zu berichten weiß, soll die Hungersnot im Wilnagebiet sehr ernste Ausmaße angenommen haben. Aus der ganzen Wojewodschaft treffen beunruhigende Nachrichten ein, die weit ernster lauten als in den Hungerjahren kurz nach dem Krieg. Nach amtlichen Berichten sollen 62 000 Erwachsene und 77 000 Kinder der größten Not preisgegeben sein, die sich z. T. nur noch von Kartoffelschalen und Abfällen ernähren. In einem Dorf seien bereits 15 Kinder an einer Art Hungertyphus erkrankt.

Aus aller Welt

Seine Braut in den Rhein gestoßen.

Bei Oppenheim hörte abends ein Fährmann am Rhein plötzlich Hilferufe und sah, wie ein Mann eiligst davonlief. Er benachrichtigte die Polizei, die jedoch nur einen Hut und Spazierstock fand. Erst jetzt stellte sich heraus, daß es sich um ein Verbrechen handelt, dem die 21jährige Barbara Bräuning zum Opfer gefallen ist. Ihr Verlobter, der ebenfalls 23 Jahre alte Arbeiter Seibert hatte vor seinen Kollegen damit geprahlt, sein Mädchen „weggeschafft" zu haben. Seibert wurde sofort verhaftet. Da das Mädchen schwanger war, nimmt man an, daß er sie in den Rhein geworfen hat.

Drei Todesopfer eines Flugzeugunfalles.

Das auf dem Flug von Prag nach Rotterdam befindliche Flugzeug der tschechoslowakischen Luftverkehrsgesellschaft mußte bei Altenhagen, etwa 20 Kilometer südöstlich von Kassel, eine Zwischenlandung vornehmen. Dadurch wurde die Maschine zerstört. Ein Fluggast, der Führer und der Bordmonteur kamen ums Leben.

Großes Schadenfeuer in Glasgow.

Im nördlichen Teil Glasgows brach nachts ein Großfeuer aus. 60 Familien mußten ihre Wohnungen räumen. Das Feuer nahm seinen Ursprung in einer leeren Fabrik. Starker Wind trug die viele Meter hochschlagenden Flammen über die Straße auf andere Wohngebäude, die schnell Feuer fingen. Die Bewohner der betroffenen Häuser mußten sich vielfach darauf beschränken, ihre Kinder in Sicherheit zu bringen.

Ein Dorf mit 97 Gebäuden niedergebrannt.

Wie aus Wilna berichtet wird, sind im Dorf Nowosolki 97 Gebäude mit lebendem und totem Inventar einem Großfeuer zum Opfer gefallen.

Große Sturmschäden in Japan

Während eines Sturms sind in verschiedenen Teilen Japans große Schäden angerichtet worden. Auf einem Fluß im Bezirk von Yamagata ist während des Sturms ein Fährboot umgeschlagen, wobei neunzehn Personen ertranken. Nach einem von der japanischen Regierung herausgegebenen amtlichen Bericht sind drei Marineflugzeuge auf der Rückkehr von Lutschu nach Kiuschiu durch den Sturm getrennt worden. Ein Flugzeug wurde zu einer Notlandung ins Meer gezwungen; sein Schicksal ist unbekannt. Ein zweites wird noch vermißt.

Schwere Schneestürme an der Hudson-Bucht

Das südliche Manitoba (U.S.A.), 400 Meilen nordwestlich von Winnipeg, ist von den schwersten Schneestürmen heimgesucht worden, die seit Jahrzehnten über das Land hinweggegangen sind. Entlang der Hudson-Bucht sind umfangreiche Störungen eingetreten. 300 Arbeiter, die sich auf dem Wege nach Churchill befanden, sowie 100 Reisende auf dem Wege von der Hudson-Bucht nach Winnipeg sind abgeschnitten und wegen Nahrungsmittelmangel in einer gefährlichen Lage. Da der Zugsverkehr unterbrochen ist, sind Flugzeuge und Pferde- und Hundeschlitten mit Nahrungsmitteln für die dem Hungertode nahen Opfer des Schneesturms bereitgestellt.

Amtliche Bekanntmachungen.

Altburg.

Die Lieferung u. Beifuhr von Kalksteinen

auf die Straßen von Altburg mit 100 cbm,
Weltenschwann mit 90 cbm,

wird am nächsten **Donnerstag, den 16. Mai 1929, nachmittags 1 Uhr, auf dem Rathaus** im öffentlichen Abstreich vergeben.

Interessenten sind eingeladen.

Gemeinderat.

Sprengarbeiten an der Kleinenztalstraße.

In der Zeit vom **13. Mai 1929 bis auf weiteres** werden die für den Bau der Kleinenztalstraße notwendigen Sprengungen

täglich

vormittags von 8½—9½ Uhr u. von 11½—12½ Uhr
nachmittags von 2½—3½ Uhr und von 5—6 Uhr

vorgenommen. In dieser Zeit ist die Straßenstrecke von der Heimenhardtsteige bis zur Eisenmühlstube für jeglichen Verkehr gesperrt.

Calmbach, den 11. Mai 1929.

Schultheißenamt: Hoernle.

Etwa 12 Ztr.

Weizenstroh

verkauft

Jakob Wiedmaier
Althengstett.

Jeden **Dienstag u. Freitag** gibts von ½10-12 Uhr

Nudelböden

Hermann Schnürle,
Teigwarengeschäft.

Calw, 13. Mai 1929.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Gattin und Mutter

Anna Hammer

geb. Driechelt

besonders für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, sowie den Herren Ehrenträgern, für die große Teilnahme und zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte von Stadt und Land, sowie für die vielen Blumenspenden sagen wir allen Verwandten, Freunden u. Bekannten auf diesem Wege herzlichen Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Der Gatte: Emil Hammer

An Alle!
Kaufen Sie kein Kleid und kaufen Sie keinen Mantel, ohne unsere grosse Auswahl gesehen zu haben!

Krüger & Wolff
PFORZHEIM.

Agenbach.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Dienstag, den 14. Mai 1929,** stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Lamm" in Agenbach freundlichst einzuladen.

Gottlob Wurster, Schuhmacher
Marie Maisenbacher
Tochter des Johs. Maisenbacher, Monteur.

Kirchgang 11 Uhr in Neuweiler.

Trotz Preiserhöhung!

Einlege-Eier

Schwerste Veneto-Italiener

12.80 Mk. pro Hundert

bei **Wurster a. Markt.**

Koch & Schenk, Ludwigsburg.

W. Forstamt Hofstett.
Post Calw-Land.

Nadelstammholz-Verkauf

Am Freitag, den 24. Mai 1929 vorm. ½10 Uhr werden in der **Forstamtskanzlei in Hofstett** aus Staatswald I, II, III, befristet freihändig verkauft: Fo. Langh. fm: 150 I., 309 II., 237 III., 55 IV., 5 V., Kl; Fo. Abschn. fm: 2 I., 5 II., 5 III., 3 IV., 1 V. Kl.; Ta. Langh. fm: 161 I., 298 II., 337 III., 215 IV., 106 V., 11 VI. Kl.; Ta. Abschn. fm: 16 I., 20 II., 12 III., 12 IV., 3 V. Kl.; Weyso Langh. fm: 7 I., 11 II., 5 III. Kl.; Weyso Abschn. fm: 5 I. Kl. Losverzeichnisse und Angebotsvordrucke durch die Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

Spratts
Kückenfutter
Bruchreis und Hirse
empfiehlt
Otto Jung.

Bezirkswirtsverein Calw.

Am 28. Mai 1929 macht der Verein anläßlich des Verbandstags seinen

Jahresausflug nach Heilbronn

Abfahrt mit dem Auto 7 Uhr morgens bei Kollege Emil Rau. Fahrt für eine Person ist frei. Genaue Teilnehmerzahl bis **Mittwoch, den 15. Mai** zu Kollege **Emil Rau** erbeten.

Most-Rosinen
billigst bei
Wurster am Markt

Brennessel- und Birkenhaarwasser
für Haare und Haarboden
Flasche Mk. 1.50 bei
K. Otto Binçon, Calw.

Kohlensaurer
Düngerkalk
ist wieder eingetroffen.
Otto Jung.

Verkaufe meinen 2¼ Jahre alten

Wolfshund

(Rüde) besonders gut geeignet für Hofgut, sowie einen bereits neuen guterhaltenen

Kinderwagen

Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein ordentliches

Mädchen

das schon in besserem Haus gedient hat auf 1. Juni gesucht. Näheres bei Frau **Sophie Dittus, Stammheim.**

Ernst Schneider

Elektrische Anlagen / Schlossereiwerkstätte
Fernsprecher 269 Marktplatz
Konzessioniert beim Elektrizitätswerk Calw u. Gemeindeverband Elektrizitätswerk Station Teinach
Ausführung sämtlicher elektrischer Stark- und Schwachstrom-Anlagen — Radio
Reichhaltige Auswahl in Beleuchtungs-Körpern und allen elektrischen Bedarfs-Artikeln und Apparaten
Ladestation für Akkumulatoren
Staubsaugerausmietung.

Gesucht

wird von Württbg. **Strickwarenfabrik** ein

erstklassiger erfahrener

Strickmeister

bewandert auf Flachstrickmaschinen, Motor-Jacquard-Rundstrick-Maschinen für Strümpfe und Spezial-Nähmaschinen, vertraut mit neuzeitlicher Arbeitsweise, guter Musterer, bestimmtes Auftreten gegenüber der Arbeiterschaft.

Tüchtige Bewerber haben Aussicht auf Dauerstellung.

Angebote mit Zeugnissen u. Lebenslauf unter Angabe der Ansprüche erbeten an die Gesch.-St. ds. Blattes.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw